

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

99 (29.4.1920)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 A. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 3.80 M.; durch die Post bezogen 3.80 M. ohne Abhol- u. Zustellgebühr, monatlich. Einzelgeemplar 20 A. Ausgabe: Werktag mittags; Geschäftszeit: 1/2—1/2 und 2—1/2 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1/2spaltige Kolonelleile 80 A., auswärts 70 A. Die Restzeile 2.50 M. — Bei Wiederholungen Rabatt. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

An die Arbeiter der Welt! Auf zur Maidemonstration!

Das Exekutivkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 9. April d. J. beschlossen, die Arbeiter der ganzen Welt zu einer mächtigen Maidemonstration aufzurufen.

Bereits auf dem letzten Internationalen Gewerkschaftslongtek, der im Juli 1919 in Amsterdam abgehalten wurde, wurde unter großer Begeisterung beschlossen, eine Aktion zugunsten der

Sozialisierung der Produktionsmittel einzuleiten. Die Vertreter der Arbeiterorganisationen aus verschiedenen Ländern haben dort u. a. erklärt:

„In Anerkennung der großen Arbeit, die durch die Aktion der Gewerkschaften für die Arbeiter im allgemeinen und für die organisierten im besonderen geleistet wurde, erklärt der Konarsh es für notwendig, die Bestrebungen und die Aktion der Arbeiter aller Länder auf die Sozialisierung der Produktionsmittel zu richten, wobei er von der Erwägung ausgeht, daß die Gewerkschaften die Vorbedingung und Grundlage für die Verwirklichung der Sozialisierung bilden.“

Die Bewegung, die sich derzeit unter den Arbeitern aller Länder zeigt, ist ein Beweis dafür, daß dieser Wunsch tief in den Herzen der Masse lebt. Und unser Exekutivkomitee ist der Ansicht, daß diese Bewegung in der kräftigsten Weise unterstützt werden muß.

Wir rufen Euch darum auf, für diese Forderung am 1. Mai mit aller Kraft einzutreten und für diese Propaganda jene Form zu wählen, die in dem betreffenden Lande gebräuchlich ist oder von der Landeszentrale dafür gewählt wird. In dem einen Land wird durch Versammlungen oder Aufmärsche, in dem anderen Land durch Arbeitsruhe für diese Forderung demonstriert werden. Welches Mittel aber auch gewählt werden möge:

Die Sozialisierung der Produktionsmittel muß am 1. Mai als unsere vornehmste Forderung im Vordergrund stehen!

Daneben soll, einem Beschluß des Exekutivkomitees entsprechend, als nächstwichtigste Forderung für den Maidag die rasche Durchführung der Beschlüsse der Arbeitskonferenz von Washington aufgestellt werden.

Auf dieser Konferenz wurden eine Reihe von Beschlüssen zum Schutze des Arbeiterlebens, im Interesse der Kranken, der Arbeitslosen, der Invaliden und zugunsten der Einführung des Achtstundentags gefaßt.

Wir sind der Meinung, daß verschiedene Regierungen mit der Durchführung dieser Beschlüsse allzu lange zögern. Sollten sie gegenüber unsern berechtigten Forderungen kein Entgegenkommen zeigen, so müßten sie durch die organisierte Macht der Arbeiter dazu gezwungen werden.

Wir wollen die ganze organisierte Macht unserer **20 Millionen Arbeiter,**

vereinigt im Internationalen Gewerkschaftsbund, aufbieten, um der Not und den Entbehrungen, unter denen das Proletariat immer noch leidet, so rasch als möglich ein Ende zu machen.

Wir werden nicht dulden, daß mit unsern Interessen ein Spiel getrieben wird!

Wir verlangen, daß unsere Forderungen schleunigst bewilligt werden!

Wir fordern Euch daher auf, nunmehr alle trennenden Gegensätze beiseite zu lassen und am 1. Mai gemeinsam den Kampf zu führen gegen alle Mächte, die die Rechte der Arbeiter antasten und die die materielle Notlage bestehen lassen wollen.

Wir rufen Euch auf zum Kampf für den Frieden, für das Recht und das Wohl der Arbeiterklasse! Dieses Ziel wird erreicht werden, wenn alle Arbeiter sich im Kampfe vereinen für diese beiden Forderungen, die die internationale Gewerkschaftsbewegung stellt:

Sozialisierung der Produktionsmittel!
Durchführung der Beschlüsse von Washington!

Unsere Losung muß sein:

Kampf und Disziplin!
Kampf für unsere Rechte!
Gegen die Reaktion!

Es lebe die Internationale der Arbeit!

M. A. Appleton, England, Vorsitzender.

L. Fouchaux, Frankreich, 1. Vizevorsitzender.

C. Mertens, Belgien, 2. Vizevorsitzender.

C. Legien, Deutschland, G. Dumoulin, Frankreich.

A. Dürr, Schweiz, D. Lian, Norwegen.

R. Fayetle, Tschechoslowakei.

A. B. Williams, England.

Edo Himmen, J. Dubegeest, Holland, Sekretäre.

Maisfeier der belgischen Arbeiter.

Brüssel, 28. April. Die Eisenbahner haben beschlossen, den 1. Mai durch eine 10 Minuten andauernde Arbeitsunterbrechung zu feiern.

Die Erklärung in San Remo.

Keine Noten mehr, sondern mündlicher Meinungsaustausch. — Der Wunsch nach präzisen Vorschlägen Deutschlands.

Die Erklärung, die von den Alliierten in San Remo am Schluß der Arbeiten der Konferenz angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Die alliierten Regierungen haben von dem Brief des Herrn Geppert vom 20. April Kenntnis genommen, der das Ersuchen des deutschen Reichswehrministers, ein Heer von 200 000 Mann anstatt der im Vertrag von Versailles vorgesehenen 100 000 Mann zu unterhalten, enthält, ein Ersuchen, das mit der Notwendigkeit, die Ordnung aufrechtzuerhalten, begründet wird. Die Alliierten hatten darauf, vor zu erklären, daß ein Vorschlag dieser Art nicht einmal geprüft werden kann, solange Deutschland die wichtigsten Verpflichtungen des Friedensvertrags nicht erfüllt und nicht zur Entwaffnung bereit ist, von der der Weltfrieden abhängt. Deutschland hat seine Verpflichtungen nicht erfüllt, weder hinsichtlich der Zerstückelung des Kriegsmaterials noch der Herabsetzung der Effektivbestände, noch der Kohlenlieferungen, noch der Wiedergutmachungen und der Kosten für das Besatzungsheer. Es hat weder Genugtuung gegeben, noch sich entschuldigt für die Anschläge, die wiederholt auf Mitglieder alliierter Kommissionen verübt wurden. Es hat auch noch nicht, wie es im Protokoll des Friedensvertrags vorgesehen ist, Maßnahmen getroffen, um seine Verpflichtungen hinsichtlich der Wiedergutmachungen zu bestimmen und um Vorschläge zu machen, damit deren von Deutschland zu zahlender Gesamtbetrag festgesetzt werden kann, trotz des dringenden Charakters, den eine Regelung dieser Art im Interesse aller in Frage kommenden Parteien hat. Deutschland scheint noch nicht einmal geprüft zu haben, wie es seinen Verpflichtungen nachkommen kann, wenn sie verfallen.“

Die Alliierten leugnen die Schwierigkeiten nicht ab, denen die deutsche Regierung gegenübersteht, und suchen nicht eine allzu engherzige Interpretation des Friedensvertrags aufzuzwingen, aber sie sind einig in der Erklärung, daß sie die Fortsetzung der Übertragungen des Friedensvertrags von Versailles nicht dulden können, daß dieser Vertrag ausgeführt werden muß, daß er die Basis der Beziehungen Deutschlands zu den Alliierten bildet, und daß die Alliierten entschlossen sind, alle Maßnahmen zu ergreifen, selbst, wenn es notwendig ist, auch zur Befestigung eines neuen Teils des deutschen Gebiets zu streben, um die Ausführung des Vertrags sicherzustellen. Die Alliierten erklären überdies, daß sie nicht die Absicht haben, irgend einen Teil des deutschen Gebiets zu annektieren.

Die Alliierten glauben, daß die durch die Verletzungen des Friedensvertrags aufgeworfenen Fragen und die zur Sicherstellung ihrer Ausführung notwendigen Maßnahmen auf leichtere Art durch einen Meinungsaustausch zwischen den Regierungen sichergestellt werden können, als durch Noten. Die Alliierten haben sich deshalb entschieden, die Chiefs der deutschen Regierung zu einer direkten Konferenz mit den Chiefs der alliierten Regierungen einzuladen. Sie wünschen, daß für die vorgesehene Zusammenkunft die deutsche Regierung ihnen präzise Erklärungen und Vorschläge über alle angeführten Gegenstände unterbreite. Wenn man zu einer nach jeder Hinsicht befriedigenden Regelung gelangt, werden die alliierten Regierungen geneigt sein, mit den deutschen Vertretern alle Fragen zu diskutieren, die sich auf die innere Ordnung und das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands beziehen. Aber Deutschland muß begreifen, daß die Einigkeit der Alliierten in bezug auf die Ausführung des Friedensvertrags ebenso innig ist, wie sie es während des Krieges war, und daß das einzige Mittel für Deutschland, seinen Platz in der Welt wieder einzunehmen, in der lokalen Ausführung der Verpflichtungen, die es unterschrieben hat, besteht.

Die Entschädigung.

Brüssel, 28. April. Kasas-Neuter. Mit Bezug auf die Konferenz in Spa erfahren wir, daß der Oberste Rat beabsichtigt, eine von Deutschland zu zahlende Entschädigung festzusetzen. Deutschland werde danach eine bestimmte Summe zu zahlen haben, die sich nach Maßgabe der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Reiches erhöhe. Nach Abschluß des Uebereinkommens mit Deutschland werden die Alliierten untereinander die auf jeden von ihnen entfallende Summe festsetzen. Die Belgien zugesagte bevorrechtigte Zahlung von 2 1/2 Milliarden bleibe bestehen.

Genf, 28. April. Die Mächte melden übereinstimmend aus San Remo, die Mindestsumme, die man von Deutschland verlangen wolle, werde 90 Milliarden Goldmark betragen, die in 30 Jahresraten von je 3 Milliarden abzuzahlen seien. Doch könne die Rate je nach der wirtschaftlichen Lage Deutschlands abgeändert werden. England habe 50 Milliarden vorgeschlagen, aber Irland wolle nicht nachgeben. Der Gedanke, daß die Staatsmänner der Entente mit dem deutschen Reichskanzler an einem Tisch verhandeln werden, ist der französischen Meinung sehr lästig, und man sucht nach Auswegen. Der „Matin“ erklärt es für selbstverständlich, daß die Sache so verlaufen müsse wie in Versailles. Die verbündeten Potentaten müßten alles vorher untereinander festlegen und die Deutschen dürften nur über die Art der Ausführung das Wort ergreifen.

Zur Abrüstungsforderung.

Berlin, 28. April. Die „Deutsche Illg. Ztg.“ weist in einem Artikel über die Ablieferung von Waffen und Heeresgerät an die Entente nach, daß die deutsche Regierung in lokaler Erfüllung des Friedensvertrages alles zur Beschleunigung der Ablieferung getan habe. Sie führt im einzelnen aus, in welcher Weise Deutschland seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Was die Anbruchsbarmachung des Kriegsgüteres anlangt, so habe man sich bald nach dem Waffenstillstand damit begonnen. Für das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands sei die neue Forde-

rung der Ententeüberwachungskommission, ihr das Eigentumsrecht an den gesamten Schrotmengen zuzubilligen, von schwerwiegender Bedeutung. Während des Krieges seien fast die gesamten Hochlaste für Heeresgerät nutzbar gemacht worden. Die Auslieferung der gewaltigen Schrotmengen würden den Ruin der deutschen Eisen- und Stahlindustrie bedeuten, die den Betrieb nur mit diesen Schrotmengen einigermaßen aufrechterhalten könne. Das Blatt hofft, die Entente werde auf ihrer Forderung nicht bestehen, zumal nach dem Friedensvertrage ihr das Eigentumsrecht am Schrot nicht zustehe.

Paris, 28. April. „Daily Mail“ meldet aus San Remo, daß Painsour geäußert habe, daß die französischen Truppen Frankfurt besetzt halten würden nicht nur bis die deutschen Streitkräfte das Ruhrgebiet geräumt haben würden, sondern bis Deutschland die Entwaffnungsbestimmungen ausgeführt und die 12 000 Geschütze abgeliefert haben würde, die es entgegen dem Friedensvertrage noch besitze.

Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen.

Berlin, 29. April. Der französische Geschäftsträger ist am Samstag nach Paris abgereist. Gleichzeitig hat sich der deutsche Geschäftsträger in Paris, Dr. Naber, nach Deutschland begeben und ist nach einem Aufenthalt in München in Berlin eingetroffen. Die beiden Reisen stehen im Zusammenhang mit den großen Wirtschaftsfragen, die zurzeit zwischen Deutschland und Frankreich schweben. Die deutsch-französische Wirtschaftsverhandlung, die der Reichsminister Küster in seiner Unterredung mit einem Vorwärtsredakteur als erwünscht bezeichnet hat, wird den Gegenstand der Verhandlungen in Berlin und Paris, zu denen die Reife der beiden Geschäftsträger Anlaß gab, bilden.

Verlängerung der Einfuhrzölle in Gold.

Berlin, 29. April. Das englische auswärtige Amt hat dem deutschen Geschäftsträger eine Note folgenden Inhalts zugehen lassen: Mit Bezug auf Ihr Memorandum vom 18. März bezüglich der Fortsetzung der Zahlung der deutschen Einfuhrzölle in Gold, habe ich die Ehre Ihnen mitzuteilen, daß die Alliierten Regierungen beschlossen haben, daß die Erlaubnis, Einfuhrzölle in Gold zu verlangen, verlängert wird, daß jedoch die einzelnen alliierten Regierungen sich das Recht vorbehalten, die Frage zu irgend einer Zeit wieder aufzurufen.

Bericht vom Ruhrgebiet.

Berlin, 29. April. Die Abendblätter veröffentlichen den Bericht der in das südliche rheinisch-westfälische Industriegebiet entsandten Kommission der Parlamentarier. Aus der gesamten Lage ergibt sich, daß ein gewisser Druck, der am stärksten in Remscheid sei, ausgeübt werde. So würden die Arbeiter in den Betrieben gezwungen, einen vollen Tagesverdienst zum roten Kampffonds zu zahlen. Die Waffenabgabe sei zur Zeit noch durchweg ungenügend. Nur die beschleunigte Einrichtung einer starken staatlichen Sicherheitspolizei werde die Sicherheit des Ruhrgebietes gewährleisten. Es seien alle Maßnahmen getroffen, um etwaige neue Unruhen nieder zu halten.

Bürgermeisterwahl in Frankfurt a. M.

Genosse Graf 2. Bürgermeister. Frankfurt a. M., 28. April. Die Stadterordnetenversammlung wählte in ihrer kürzigen Sitzung an Stelle des zum Oberbürgermeister von Nürnberg gewählten Bürgermeisters Dr. Kuppe den Staatssekretär Graef mit 47 Stimmen zum Bürgermeister von Frankfurt a. M.

Eduard Graf ist am 13. Dezember 1870 zu Behnhäufen in Unterfranken geboren. Er ist gelernter Steinbruder. In dem Jahre 1899 übernahm er als Arbeitersekretär das ins Leben gerufene Arbeitersekretariat. Dieses Amt führte er bis Anfangs des laufenden Jahres, wo er als Unterstaatssekretär in das preussische Ministerium für Volkswirtschaft berufen wurde. Seit 1895 war Graf Vorstandsmitglied und seit 1898 ist er ununterbrochen bis jetzt noch Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse Frankfurt a. M. Die sozialdemokratische Fraktion der preussischen Landesversammlung hat ihn zum Vorsitzenden gewählt. Ferner ist Graf Mitglied des Kommunal-Landtages.

Maisfeier.

Berlin, 28. April. Nach hier vorliegenden Meldungen beschloß der Staatsrat von Thüringen, den 1. Mai zum Feiertag zu erheben. Die staatlichen, Kommunal- und sonstigen Behörden werden an diesem Tage nicht tätig sein, ebenfalls bleiben die Schulen geschlossen.

Desgleichen jette der hessische Landtag den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag fest. Gegen das Gesetz stimmten die bürgerlichen Parteien.

Blättermeldungen zufolge gibt der Deutsche Transportarbeiterverband bekannt, daß am 1. Mai der Fortfall des Austragens der Zeitungen in Kraft tritt. Am 1. Mai erscheinen am Nachmittag und Sonntag, den 2. Mai morgens keine Zeitungen. Das Reichspostministerium hat verfügt, daß am 1. Mai der Post-, Telegraphen- und Fernsprechsprechdienst wie an den allgemeinen Feiertagen zu regeln ist.

Nun erst recht Maisfeier.

Nach Ablehnung des Antrages der sozialistischen Fraktion der Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erklären, schreibt der „Vorwärts“ unter „Nun erst recht Maisfeier“ u. a.: „Wir wollen den bürgerlichen Parteien beweisen, daß durch ihre Nichtanerkennung des 1. Mai kein einziger sozialistischer Arbeiter, Angestellter oder Beamter sich abhalten läßt, diesen Tag nach seiner Ueberzeugung und seinem Gewissen zu feiern. Der Beschluß des bürgerlichen Volks zeigt die beiden Lager bei den bevorstehenden Reichstagswahlen scharf getrennt. Die Maisfeier wird nun erst recht einen Auftakt für den Wahlkampf sein.“

Wir Frauen vor der Wahl.

Von Marie Juchacz, Mitglied der Nationalversammlung.
Daß es Männer gibt, die durchaus nicht sozialdemokratisch wählen wollen, kann ich zur Not noch verstehen. Aber unbegreiflich ist es mir, daß es auch Frauen gibt, die nicht sozialdemokratisch wählen.

Da ist z. B. ein alter Offizier, der noch immer von Krieg und Schlachtenrausch träumt. Die Sozialdemokratie ist ihm zu friedliebend, und darum kann er nicht sozialdemokratisch wählen. Oder da ist ein lüderlicher Bauer, der sich einreden läßt, die Sozialdemokratie trachte nach seinem Hab und Gut, sie wolle ihm die Früchte seiner redlichen Arbeit nicht gönnen, und darum kann auch er nicht sozialdemokratisch wählen.

Aber wir Frauen?
Wir Frauen sollen doch zunächst eins bedenken: Wenn man uns heute als gleichberechtigte Geschöpfe betrachtet und uns den Stimmzettel in die Hand gibt, so ist das einzig und allein das Wert der Sozialdemokratie. Nur diese Partei hat seit Jahrzehnten für das gleiche Recht von Mann und Frau gekämpft. In dieser Hinsicht sind wir alle der Sozialdemokratie zu Dank verpflichtet, alle Frauen, von der reichsten bis zur ärmsten. Und schon darum kann ich es nicht verstehen, daß eine Frau anders wählen kann als sozialdemokratisch.

Die Sozialdemokratie kämpft für soziale Gerechtigkeit. Wie kann es eine Frau geben, die sich der Verwirklichung dieses Ideals verschließt? Alle Frauen haben Muttergefühl, und jede muß es das Herz schneiden, wenn sie von Kindern hört, die Not leiden. Wie kann eine Frau gegen die Sozialdemokratie stimmen, die den Kampf gegen die soziale Not auf ihre Fahnen geschrieben hat?

Die bürgerlichen Parteien haben nichts dazu getan, um den Frauen das gleiche Recht zu geben, sie haben ihren sozialen Forderungen der Zeit verschlossen, wo sie handelten, taun sie es nur, von der Sozialdemokratie angetrieben.

Und wer will leugnen, daß ein solcher Antriebs auch heute noch notwendig ist? Noch harren zahlreiche berechtigte Wünsche der Erfüllung. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Leistung, Schutz der weiblichen Arbeit, Wöchnerinnenschutz, Säuglingsfürsorge. Wir fordern eine Schule, in der unsere Kinder für das Leben fitlich gemacht, zu freien Staatsbürgern erzogen werden. Jede Stimme, die für die Sozialdemokratie abgegeben wird, bringt uns diesen Zielen näher, jede Stimme gegen sie entfernt uns von ihnen.

Auf der ganzen Frauenwelt liegt heute die Sorge um tägliche Brot, Nahrungsmittel, Kleidung, Beschäftigung und geradezu unerschwinglich geworden. Wunderbares und Seltsames hat das Frauen in diesem Kampf gegen die Not geleistet, und wenn sie es erreichen, daß ihre Männer und Kinder noch einigermaßen gesund und ordentlich einhergehen, so haben sie alle Ursache, stolz darauf zu sein. Aber welche Opfer haben sie dafür gebracht und bringen sie noch jeglichen Tag?

Kann die Sozialdemokratie dieses ungeheure Elend, das durch einen fürchterlichen Krieg verschuldet ist, mit einem Schläge beseitigen? Schicksal kann darauf nur eine Antwort geben: „Nein!“ Keine Macht der Welt ist imstande, dieser unseligen Zustände mit einem Schläge Herr zu werden, nur Schritt für Schritt kann es vorwärts gehen.

Aber was haben die Frauen von den bürgerlichen Parteien zu erwarten? Die bürgerlichen Parteien schwärmen für den freien Handel, das heißt für die unbeschränkte Wucher- und Ausbeutungsfreiheit. Keine Phantasie vermag sich die Zustände auszumalen, die daraus entstehen müßten. Und wer würde an ihnen am meisten zu leiden haben? Wiederum wir Frauen!

Die Sozialdemokratie tritt dagegen für eine planmäßige Neuordnung der Wirtschaft ein, die den Bedürfnissen auch der armen Volksschichten gerecht wird.

Die Sozialdemokratie will keinen Bürgerkrieg! Und da ist ein entscheidendes Wort auch nach links hin notwendig! Die Sozialdemokratie verurteilt und bekämpft jeden Versuch, mit Gewalt eine neue Verfassung einzuführen, sie will, daß alles gewaltlos nach dem Willen des Volkes selbst geordnet wird.

Und da muß ich wieder sagen: Wie kann eine Frau im Zweifel sein, darüber, ob sie mit der Sozialdemokratie gehen soll, die in aller Ruhe und Ordnung ihren Zielen entgegenstrebt, oder mit anderen Gruppen, die für die „Mischkultur“ schwärmen und den Bürgerkrieg zu entzünden suchen?

Was bedeutet der Bürgerkrieg für uns Frauen? Daß wir zu verheerendem Elend und zu völliger Ohnmacht und Einflugslosigkeit verurteilt werden! Und wo bleiben die Frauen in den „revolutionären“ Vollzugsräten, Zentralräten usw.? Sie sind da genau so ausgeschaltet wie in den Junkerparlamenten der alten Zeit. Es ist immer dasselbe: Wo Gewalt regiert, muß das Weib schweigen und dulden!

Väter und Söhne.

Roman von Iwan Turgenjeff.

„Ist er von selbst gekommen?“ wandte sich Nikolaus Petrowitsch an Jenitschka.

„Ja, von selbst. Er klopfte an und kam herein.“

„Gut. Und Aratscha ist wohl nicht wieder bei dir gewesen?“

„Nein. . . . Wäre es nicht besser, Nikolaus Petrowitsch, wenn ich in den Flügel zurückkehrte?“

„Warum?“

„Ich meine, für die erste Zeit.“

„Nein — nein,“ brachte Nikolaus Petrowitsch zögernd heraus und rieb sich die Stirn. „Man hätte früher . . . Guten Tag, Dider.“ fuhr er mit plötzlicher Lebhaftigkeit fort, näherte sich dem Knaben und küßte ihn auf die Wange. Dann neigte er sich etwas herab und drückte seine Lippen auf Jenitschkas Hand, die sich, weiß wie Milch, lebhaft von Mirjas rotem Hemden abhob.

„Nikolaus Petrowitsch! Was machen Sie?“ murmelte Jenitschka und senkte die Augen; dann richtete sie sie langsam wieder empor. . . . Der Ausdruck ihrer Augen war entzündend, wenn sie jemand von unten herauf anblickte und dabei freundlich und etwas naiv lächelte.

Nikolaus Petrowitsch war mit Jenitschka auf folgende Weise bekannt geworden. Vor drei Jahren hatte er einst in dem Wirtshause eines ziemlich entfernten Kreisstädtchens übernachtet. Die Sauberkeit des ihm angewiesenen Zimmers und die Weiße der Bettwäsche waren ihm eine angenehme Ueberraschung. „Sollte die Wirtin eine Deutsche sein?“ ging es ihm durch den Kopf. Aber es stellte sich heraus, daß sie eine Russin war. Sie zählte etwa fünfzig Jahre, ging sorgfältig gekleidet, hatte ein angenehmes fluges Gesicht und wußte sich in ihren Reden treffend und verständlich auszudrücken. Er unterließ sich sehr eifrig mit ihr, während er seinen Tee trank; sie pflegte ihm auszugehen. Nikolaus Petrowitsch hatte sich damals gerade vor kurzen in seinem neuen Hause eingerichtet,

Aus all diesen Gründen kann ich nicht verstehen, wie Frauen anders wählen können, als sozialdemokratisch. Sie können nicht bürgerlich wählen, weil sie als Frauen für das gleiche Recht und für die soziale Gerechtigkeit sein müssen, sie können auch nicht unabhängig oder kommunistisch wählen, weil sie als Frauen die Gewalt verabscheuen und nicht wollen können, daß noch mehr Blut fließt.

Der Platz jeder echten Frau ist in der Sozialdemokratischen Partei! Und nicht nur am Tage der Wahl soll sie sich zu ihr bekennen, sie soll auch sonst tapfer zu ihr stehen und ihr bei ihrer Arbeit helfen.

Darum, Frauen und Mädchen, Arbeiterinnen, Angestellte, Lehrerinnen, Beamtinnen, Hausmütter, auf zur Wahl für die Sozialdemokratische Partei und hinein in die sozialdemokratischen Organisationen!

Politische Uebersicht.

Lieber Tausende von Arbeiterleichen.

Genosse Franz Krüger, der Vorsitzende der Berliner Parteioffiziere, schreibt dem „Vorwärts“:
Der frühere demokratische Minister Schäffer hat in einer groben Wahlrede am Sonntag in Magdeburg ausgeführt:

„Ein führender Sozialdemokrat hat mir gesagt, er könne es nicht billigen, daß ich mit Kapp verhandle. Ich antwortete, dann gebe es Blut. Er antwortete, lieber Tausende von Arbeiterleichen, als eine Verhandlung mit Kapp.“

Ich vermute, daß Herr Schäffer hierbei an die Unterredung gedacht hat, die die Genossen Stamper, Lüdemann und ich in der Nacht vom 16. zum 17. März mit ihm hatten. Von den Funktionären der S. W. D. waren wir beauftragt, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die eingeleiteten Verhandlungen mit Kapp-Lüttwitz abgebrochen und auf bedingungsloser Kapitulation bestanden wurde. Insbesondere wandten wir uns mit größter Energie gegen die Absicht, das putschistische Militär in Berlin zu belassen und es zur Abwehr der vermeintlichen kommunistischen Angriffe zu verwenden. Wir erklärten damals Herrn Schäffer einmütig, eine kommunistische oder bolschewistische Gefahr gebe es nach unserer Ansicht in Berlin nicht, es handle sich vielmehr um einen Schwindel der putschistischen Offiziere. Wenn aber wirklich ein Angriff der Kommunisten erfolge, würden wir mit unseren Genossen an der Seite der Kommunisten gegen dieses Militär kämpfen. Auf die Einwände des Herrn Schäffer wegen der Folgen, die dann kämen, erwiderten wir, es möge kommen, was wolle, für uns gebe es jetzt nur einen Kampf gegen Kapp, bis zu seiner Niederwerfung. Dabei kann auch ein ähnlicher Ausdruck wie der obige gefallen sein. Auf diesem Boden stehen wir und wohl unsere ganze Partei, auch heute noch.

Unabhängiges.

Der Unabhängige Freiheit hatte in der Berliner „Freiheit“ über „Koalition und sozialistische Regierung“ einen Artikel veröffentlicht. Darin wurde die Regierungsabstimmung nach der Wahl des Reichstages erörtert und die Forderung einer sozialistischen Regierung unabhängig von Gang und Ausgang der Wahlkampagne erhoben. Die Forderung einer sozialistischen Regierung war nicht als eine Wahlparole aufgestellt.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Partei ging in einer Erklärung gegen den Artikel los, in der es heißt:

„Das Zentralkomitee stellt fest, daß der Artikel insbesondere in den zitierten Sätzen im schroffen Widerspruch steht zu dem eben vorher veröffentlichten ersten Wahlaufsatz der Parteiführerschaft, die es gerade abgelehnt haben, den Wahlkampf unter der Parole der sozialistischen Regierung zu führen.“

Der Kampf soll nach den klaren Grundsätzen des Leipziger Aktionsprogramms selbständig durchgeführt werden, unter Ablehnung aller organisatorischen Einigungsbestrebungen.“

Dieser Schlußsatz in der parteiamtlichen Erklärung der unabhängigen Zeitung werden sich diejenigen unserer Genossen zu merken haben, die immer noch von einem Zusammengehen mit den Unabhängigen träumen, aber nun erneut wieder eine glatte Floskel erhalten haben. Interessant ist ferner, wie die unabhängige „Leipziger Volkszeitung“ gegen die unabhängige Parteileitung wegen der Erklärung zum Reichstags-Artikel Stellung nimmt. Sie schreibt:

„Ein Vergleich mit dem Artikel der „Freiheit“ zeigt die völlige Unstimmigkeit der in der Erklärung des Zentralkomitees

aufgestellten Behauptungen. Die Erklärung erscheint als ein scholastischer Versuch, in dem Artikel etwas anderes zu suchen, als drinnen steht. . . . Wir möchten dem Zentralkomitee anheimgeben, wenn es seine Aufgabe als Kontrollorgan der prinzipiellen Haltung unserer Parteipresse erfüllen will, sich einmal etwas eingehender mit den Parteibüchern zu befassen, die mehr oder weniger verhilft oder unverhilft kommunistischen Tendenzen huldigen oder deren Sozialismus so verwaschener Art ist, daß man an ihm nicht allzu viel von sozialistischen Organgedanken merkt.“

Das ist eine allerliebste Kennzeichnung eines Teiles der unabhängigen Presse.

Wie es sonst bei den Unabhängigen aussieht, ist aus der gleichen Nummer der „Leipziger Volkszeitung“ zu ersehen, die berichtet:

In der Generalversammlung der U.S.P. für Ostpreußen wurden von den Delegierten teilweise heftige Angriffe gegen die Politik der „Freiheit“, gegen die Genossen Hüfner und Reichelbinder gerichtet. Einer der heftigsten Redner, der Genosse Stolz, erklärte es geradezu für seine Aufgabe, alle rechtsstehenden Führer aus der Partei hinauszuwerfen. In Verhandlung wurde ebenfalls die Haltung der „Freiheit“ und besonders Reichelbinder kritisiert, weil dieser als Kandidat vorgeschlagen war. Obgleich sehr heftige Angriffe gegen ihn gerichtet wurden, kam er bei der Abstimmung an die erste Stelle der Liste.

Ein ideales demokratisches Wahlrecht.

Das neue Württembergische Wahlgesetz, das soeben dem Landtag zugegangen ist und von ihm sofort verabschiedet werden wird, sieht auf je 25 000 Landeseinwohner nach der letzten Volkszählung einen Abgeordneten vor. Dementsprechend wird der fünftägige Landtag 101 Abgeordnete zählen. Die Verteilung der Abgeordnetensitze erfolgt nach der Summe der im ganzen Lande abgegebenen gültigen Stimmen, geteilt durch die Zahl der zu wählenden Abgeordneten. Dieses Prinzip ergibt den Wahlquotienten, d. h. diejenige Zahl, auf die ein Mandat entfällt. Jede Partei, die in einem Kreise die Wahlzahl erhält, bekommt einen Abgeordneten. Ist die auf eine Partei entfallene Stimmenzahl in einem Wahlkreise zwei oder dreimal so groß wie die Wahlzahl, so erhält sie zwei oder dreimal einen Abgeordneten. Die nach diesem Verfahren noch übrigbleibenden Abgeordnetensitze werden auf Kreis- und Landesvorstandslisten verteilt. Etwa Dreiviertel aller Abgeordneten erhalten dadurch wieder einen bestimmten Wahlkreis, und die Wahlkreise wieder ihre bestimmten Abgeordneten. Bei den Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung, wo ganz Württemberg einen einzigen Wahlkreis bildete, war dies nicht der Fall. Durch die Neuordnung wird ein engeres Vertrauensverhältnis zwischen Wählern und Abgeordneten hergestellt. Durch das Mittel der Landesvorstandsliste wird die Möglichkeit geschaffen, solche Persönlichkeiten in die gesetzgebende Körperschaft zu bringen, die zu keinem Kreise engere Beziehungen haben, jedoch Land und Volk besonders nützlich sein können. Die einzelnen Wahlkreise werden nicht mehr wie früher von nur einem Abgeordneten, sondern von mehreren verschiedenen Parteien vertreten sein. Eine Listenverbindungen ist im Entwurf nicht vorgesehen. Aber durch die Zulässigkeit des Anschlusses mehrerer Kreisvorstandslisten an eine Landesvorstandsliste kann derselbe Zweck erreicht werden.

Mit diesem Wahlgesetz wird Württemberg ein Wahlsystem bekommen, das so vollständig demokratisch ist, wie nur denkbar. Die ersten Wahlen nach diesem Gesetz dürften gleichzeitig mit den Reichstagswahlen stattfinden. Im Früheren zu bemerken, sollen für die Landtagswahlen Stimmzettel und Wahlumschläge eine andere Farbe haben.

Das wahre Gesicht der demokratischen Volkspartei.

Warum wohl die Antisemiten, d. h. die Oberreaktionäre, Hunderttausende verpulvern, um die Arbeiter für ihre Zwecke einzufangen? Sie wollen die Sozialdemokratie zerstückeln, wollen Unfrieden säen, und wollen den Juden als Stufe benutzen, um auf den alten Gottesgnadenstempel zu gelangen. Im deutschen Nationalen Verein in Jülich sagte der Vorsitzende, Farrer Wegner, über seine Erfahrungen auf einer Reise in Deutschland:

Warum wohl die Antisemiten, d. h. die Oberreaktionäre Hunderttausende verpulvern, um die Arbeiter für ihre Zwecke einzufangen? Sie wollen die Sozialdemokratie zerstückeln, wollen Unfrieden säen, und wollen den Juden als Stufe benutzen, um auf den alten Gottesgnadenstempel zu gelangen. Im deutschen Nationalen Verein in Jülich sagte der Vorsitzende, Farrer Wegner, über seine Erfahrungen auf einer Reise in Deutschland:

„Ich habe keine Zeitschriften mehr in meinem Dienst haben wollen, suchte er nach freien Dienstleuten. Die Wirtin ihrerseits klagte über die geringe Zahl der Reisenden und die teureren Zeiten. Er machte ihr den Vorschlag, seine Hauskammer zu werden; sie willigte ein. Ihr Mann war schon lange tot, sie hatte nur noch eine einzige Tochter, namens Jenitschka. Verschieden Tage später kam Arina Sawidina (so hieß die neue Hauskammerin), mit ihrer Tochter zu Marino an und richtete sich in dem Flügel ein.“

Nikolaus Petrowitsch hatte eine ausgezeichnete Wahl getroffen. Sie brachte Ordnung in sein Hauswesen und leitete es mit kundiger Hand. Von Jenitschka, die damals bereits volle sieben Jahre zählte, sprach niemand, und man bekam sie nur selten zu sehen: sie lebte ganz still für sich und nur des Sonntags bemerkte Nikolaus Petrowitsch irgendwo in einem Winkel der Dorfkirche das zarte Profil ihres feinen Gesichtes.

So verstrich mehr als ein Jahr.

Eines Morgens trat Arina zu Nikolaus Petrowitsch ins Zimmer, machte ihrer Gewohnheit gemäß eine tiefe Verbeugung und fragte ihn, ob er ihrer Tochter, der ein Funken ins Auge gesprungen sei, nicht zu helfen wüßte. Wie alle auf dem Lande lebenden Besitzbesitzer spielte Nikolaus Petrowitsch ein wenig den Doktor und hielt sich sogar eine homöopathische Apotheke. Er befaß Arina, Jenitschka sofort zu ihm zu bringen. Als diese hörte, daß sie zu dem Herrn kommen sollte, geriet sie in großen Schrecken, folgte jedoch der Mutter. Nikolaus Petrowitsch führte sie aus dem Fenster und nahm ihren Kopf in beide Hände. Nachdem er ihr rotes entzündetes Auge sorgfältig untersucht hatte, verordnete er Bismutwasser, das er selbst bereitetete; dann riß er ein Stück von seinem Taschentuche und zeigte ihr, wie es zu machen sei. Als er fertig war, wollte Jenitschka sich zurückziehen.

„Küsse dem Herrn doch die Hand, du dummes Mädchen,“ sagte Arina zu ihr.

Nikolaus Petrowitsch ließ das jedoch nicht zu; selbst völlig verwirrt küßte er sie auf die Stirn, während sie den Kopf vorüber neigte.

Jenitschkas Auge war bald geheilt; aber der Eindruck, den sie auf Nikolaus Petrowitsch gemacht, verweichte sich nicht so bald. Noch immer war es ihm, als fühle er dieses reine, frische, angiglich emporgehobene Gesicht, noch immer glaubte er diese weichen Haare zwischen seinen Händen zu halten, noch immer wählte er diese unschuldigen, halbgeöffneten Lippen zu sehen, zwischen welchen wie feuchte Perlen die kleinen Zähne in der Sonne funkelten. Von diesem Augenblick an betrachtete er sie Sonntags in der Kirche mit größerer Aufmerksamkeit und suchte mit ihr zu sprechen. Anfangs ging sie ihm schon aus dem Wege und als sie ihm einst gegen Abend auf einem schmalen, durch ein Roggenfeld führenden Pfade begegnete, warf sie sich, um nur nicht an ihm vorbeizugehen zu müssen, mitten in den hohen dichten, mit Vermut und Kornblumen durchwachsenen Roggen. Er gewahrte ihr Köpfchen durch das goldene Wehrenez, hinter welchem sie ihn wie ein schones Reh beobachtete, und rief ihr freundlich zu: „Guten Abend, Jenitschka! Ich heiße nicht!“

„Guten Abend,“ murmelte sie, ohne jedoch ihr Versteck zu verlassen.

Obgleich sie in seiner Gegenwart immer noch schüchtern war, so fing sie doch an, sich nach und nach an ihn zu gewöhnen. Da starb plötzlich ihre Mutter an der Cholera. Was sollte Jenitschka anfangen? Von der Mutter hatte sie Ordnungsliebe, häuslichen Sinn und geistiges Wesen geerbt; aber sie war so jung, so einjam, und Nikolaus Petrowitsch war so gut, so rücksichtsvoll. . . . Das übrige brauche wir nicht zu erzählen.

„Mein Bruder ist also so ohne weiteres, so ohne alle Formlichkeit heringekommen?“ sagte Nikolaus Petrowitsch zu ihr. „Er klopfte an und kam herein?“

„Ja.“

„Nun, das ist schön. Nehm laß mich Mitja ein wenig schaukeln.“

Und Nikolaus Petrowitsch begann seinen Sohn fast bis unter die Decke zu schaukeln, zur großen Freude des Kindes und zur nicht geringen Befürchtung seiner Mutter, die jedesmal, wenn er empor flog, die Hände nach seinen nackten Weintagen ausstreckte.

(Fortsetzung folgt.)

Der Antisemitismus ist für die Deutschnationalen Partei ein politischer Grundfakt, der faktisch die allergrößten Erfolge verschafft. Bei der im Lande weit verbreiteten Stimmung gegen das Judentum kann man nämlich mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß auch zahlreiche Leute, die den Reichsparteien sonst sehr fern stehen, in dieser Hinsicht auf uns hören, so gelangt es auch, viele Arbeiter gewissermaßen „hinten herum“ für die Partei zu gewinnen, ohne daß sie eigentlich recht wissen, warum.

Arbeiter, Angestellte und vor allem ihre Frauen, merkt auch diesen politischen Grundfakt der deutschnationalen Partei.

Unstimmigkeiten in der Oberländer U. S. P.

Nach einer Mitteilung in der „Soz. Republik“ fand am letzten Sonntag in Gaiungen eine Kreisversammlung der U. S. P. des Kreises Vörsach statt. Es wurde mit allen gegen 5 Stimmen eine Resolution angenommen, die der Zentralleitung der U. S. P. D. die schärfste Mißbilligung entgegen ausdrückt, daß diese im Verein mit dem Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbund sich auf Verhandlungen mit der bayerischen Regierung eingelassen habe. In der Resolution heißt es: „Nach den bisherigen Erfahrungen sollte die Parteileitung wissen, daß die Regierung die gegebenen Versprechungen nicht halten konnte oder wollte. Die Kreisversammlung ist der Ansicht, daß die Zentralleitung der Partei beim festzulegenden Programm der Arbeiter nicht voll beauftragt war, sonst hätte sie die revolutionären Arbeiter im ganzen Reich zu den Waffen gerufen zur Bildung einer machtvollen roten Armee um wenigstens mit den reaktionären Offizieren aufzutreten und die Bahn frei zu machen für den Sozialismus. Das hat die Parteileitung nicht getan und ist somit mit schuldig an dem Unglück und Elend in dem sich die Arbeiterschaft des Rheinlandes befindet.“

Im Bezug auf die Reichstagswahlen wurde in einer einstimmig angenommenen Resolution Protest erhoben gegen die Absicht, die Vörsacher Kandidatur zu Gunsten des Landesparlamentes erst an 4. statt an 3. Stelle auf die Liste zu setzen.

In einer Erwiderung behandelt der Landesvorstand der U. S. P. nur den Kandidatenstreit. Er beruft sich auf eine Konferenz der Bezirks- und Kreisleiter, welche die Kandidatenaufstellung vorgenommen habe. Etwas pikiert, im übrigen aber reichlich unverständlich, schreibt der Landesvorstand: „Wenn die Vörsacher Genossen ihre Mitglieder dahin verleitet haben, das sei nur „zu Gunsten des Landesparlamentes“ geschehen, so heißt das, mit Begriffen ein frivolcs Spiel treiben.“

Zu der Anempfehlung in der ersten Resolution sagt die „Soz. Republik“ begreiflicherweise kein Wort. Dieser hat die U. S. P. nämlich in allen Tonarten hinausgetrompelt, daß die „Regierungssozialisten“ an dem Unglück und Elend im Rheinland schuld seien, jetzt stellt sich auf einmal heraus, daß die hohe Zentralleitung der U. S. P. mit schuldig ist. Das ist schmerzlich. Unser Beileid!

Rücktritt des Generals Watter.

Wie gestern aus Berlin gemeldet wurde, ist General Watter zurückgetreten. Zum Nachfolger des Generals von Watter ist General von Kämpel bestellt.

Wie dem „Berl. Volkan.“ aus Essen gemeldet wird, beruht der Rücktritt des Generals v. Watter in Minister i. B. nicht auf einem freiwilligen Entschluß des Generals. Der General war vielmehr infolge eines Vertriebes, der in einer Form gehalten war, die ihm ein weiteres Verbleiben im Amte unmöglich machte, zum Einreichen seines Abschiedsgesuches genötigt.

Ob durch den neuen Beschlußhaber von Kämpel ein Wechsel in der Besetzung der Stellen erreicht wurde, bleibt abzuwarten. Das Wortspiel „von“ ist so stark kompromittiert, daß wir keinen fauler Glauben haben.

Reichseinkommensteuer und Abzug vom Arbeitslohn.

Nach § 45 des Reichseinkommensteuergesetzes vom 29. März 1900 hat der Arbeitgeber nach näherer Anordnung des Reichsministers der Finanzen bei der Lohnzahlung 10 Prozent des Arbeitslohnes zu Zeiten des Arbeitnehmers einzubehalten und für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerarten des Arbeitnehmers einzuliefern und zu entwerfen.

Dieser Vorbehalt, die ursprünglich am 1. April ds. J. in Kraft treten sollte, ist jedoch bis jetzt tatsächlich noch nicht in Kraft getreten, da der Reichsminister der Finanzen von der ihm durch § 1 des Gesetzes zur Durchführung des Einkommensteuergesetzes vom 31. März 1920 erteilten Ermächtigung zur Bestimmung des Tages ihres Inkrafttretens noch keinen Gebrauch gemacht hat. Der Zeitpunkt, von dem ab dieser Lohnabzug statzufinden hat, wird daher noch vom Reichsminister der Finanzen zu bestimmen sein und dann bekannt gegeben werden. Vor diesem Zeitpunkt hat aber ein Lohnabzug auch noch nicht statzufinden, und es ist ausgeschlossen, daß den Vorbehalt über den Abzug vom Arbeitslohn etwa rückwirkende Kraft verliehen wird. Wann der Lohnabzug in Kraft treten wird, kann noch nicht gesagt werden, da dies von der Fertigstellung der technischen Vorarbeiten abhängt. Es ist in Aussicht genommen, den Zeitpunkt seines Inkrafttretens möglichst bald festzusetzen. Die in der Öffentlichkeit genannten Termine sind aber ganz willkürlich gegriffen; insbesondere ist die Behauptung, daß der 15. September ds. J. hierfür in Aussicht genommen sei, unzutreffend.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 28. Febr.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 11.25 Uhr und weist mit, daß der Reichspostminister ihm angezeigt habe, daß der Reichswirtschaftsrat gegen das Gesetz über die Postgebühren Einspruch erhoben und es der Nationalversammlung zur nachmaligen Beschlussfassung überwiesen habe. Das Gesetz geht an den Haushaltsausschuß.

Der Ausschuß für die Geschäftsordnung beantragt, die Genehmigung zur Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Abg. R. A. (D. B.) zu erteilen. Der Antrag wird, nachdem Abg. Graf Dohna (D. B.) dafür gesprochen hatte, angenommen. Der Ausschuß beantragt wegen der Verhaftung des Abg. Colshorn (Sozialist beim Zentrum) und der Verhaftung des Abg. Schiele (D. B.) beiden Abgeordneten das Verwehren des Hauses auszusprechen und den Reichsminister um Befreiung der Schuldigen zu ersuchen.

Reichsminister Dr. Koch bebauert lebhaft die Vorkommnisse. Die Verantwortung liegt in beiden Fällen dem Polizeipräsidenten anzuftallen. Ich bin bereit, eine Verweisung herbeizuführen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Der gleiche Ausschuß beantragt, die Genehmigung zur Einleitung eines gerichtlichen Untersuchungsverfahrens gegen den Abg. V. R. (U. S.) wegen Landesverrats nicht zu erteilen.

Abg. Brodauf (Dem.) beantragt, die Genehmigung zu erteilen, da man politische Delikte nicht schematisch behandeln könne. Doch jährliche die Genehmigung zur gerichtlichen Untersuchung noch nicht die Verhaftung in sich, wie dies der Ausschuß ausdrücklich festgelegt habe.

Abg. Dr. Graf zu Dohna (D. B.) bittet, die Genehmigung zu erteilen, damit festgestellt werde, ob das Delikt zutreffend sei oder nicht.

Abg. Eichhorn (U. S.) ist für Zurückweisung. Der Antrag Brodauf wird angenommen, wonach die Genehmigung der gerichtlichen Untersuchung noch nicht die Genehmigung zur Verhaftung bedeutet.

Bei der Abstimmung über den Antrag des Ausschusses muß, da das Büro sich nicht einigen kann, auf welcher Seite die Mehrheit ist, ausgezählt werden. Es stellt sich die Beschlussfähigkeit des Hauses heraus.

Nächste Sitzung 13 Uhr. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfes des Besoldungsgesetzes.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß der Ältestenausschuß sich dahin geeinigt habe, bei diesem Gesetz von einer Aussprache abzusehen. Abg. Frau Rietz (U. S.) widerspricht dem.

Abg. Alletotte (Ztr.) beriet über die Ausschüßverhandlungen. Die überflüssigen Beamten der Post- und Eisenbahnverwaltung müssen in andere Stellen gebracht werden, z. B. in die Landwirtschaft.

Abg. Frau Rietz (U. S.) befürwortet Anträge ihrer Partei. Danach sollen u. a. die Teuerungszulagen gleich zugewendet werden. Die Arbeitszeit aller Beamten soll 48 Stunden in der Woche betragen. Den verheirateten weiblichen Beamten muß, wenn der Ehemann nicht so viel verdient, die Kinder- und Teuerungszulage voll bezahlt werden. Wir protestieren gegen die Einrichtung der Wehrmacht unter die Beamten.

Von einem Regierungsvorsteher wird erklärt, daß die Anträge der Unabhängigen schon im Ausschuß gründlich durchberaten wurden und dadurch auch im Klement abgehandelt werden sollten. Die Regierung wird für die Alterspensionäre tun, was möglich ist.

Abg. Frau Ruchers (Dem.) erklärt namens der Frauen der Nationalversammlung, daß sie sich mit dem Gesetze in der Voraussicht einverstanden erkläre, daß bei der Einteilung der Gruppen die Interessen der weiblichen Beamten mehr gewahrt werden würden.

Unter Annahme des Änderungsantrages der Mehrheitsparteien wird eine Reihe von Paragraphen angenommen. Das Diätariat wird in der Vorlage begrenzt.

Abg. Steinkopf (Soz.) beantragt, die Diätäre mit den vollen Teuerungszulagen zu bedenken. Die Abg. Koch (Soz.), Degler (D. B.), Frau Rietz (U. S.), Seemann (D. B.), Alletotte (Ztr.) stimmen dem zu.

Der Antrag wird angenommen, ebenso auch der Rest des Gesetzes in der Entschließung des Ausschusses.

Es folgt die dritte Lesung der Vorlage.

Zu § 9 wird ein Antrag Delius (Dem.) eingebracht, die Regierungsvorlage wieder herzustellen, wonach das Besoldungsdienstalter der Soldaten, die unter Verbleib in derselben Besoldungsgruppe befördert werden, zwei Jahre vorgerückt wird.

General Reinhardt bittet um Annahme des Antrages.

Abg. Schulz-Brumberg (D. B.) widerspricht dem, da bei der Kürze der Zeit eine Stellungnahme unmöglich ist.

Abg. Steinkopf (Soz.) stimmt dem Antrage zu.

Der Antrag wird angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Hierauf folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Betriebsratsgesetzes

(Erlaß einer neuen Arbeitsordnung).

Der Gesetzentwurf wird in dritter Lesung erledigt.

Dann kommt die Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung von Militärpersonen

und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung in Verbindung mit der zweiten Beratung eines Gesetzentwurfes über die Kosten der sozialen Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Reichsminister Schilde: Die vorliegenden Gesetze entspringen der Pflicht der Danbarkeit des Vaterlandes an die Opfer des Krieges und ihre Hinterbliebenen. Neu sind in dem Gesetzentwurf besonders der Anspruch auf Heilbehandlung und auf Berufsausbildung. Eine mögliche Vereinfachung des Rentenverfahrens ist erstritt.

Abg. Meier (Soz.): Wir begrüßen das Gesetz. Gut ist, daß die Mangunterstütze bei der Versorgungsrechnung wegfällt.

Abg. Dr. Luppe (Dem.): Die Anträge der Rechten und Linken, die die finanzielle Seite des Gesetzes betreffen, sind mit der finanziellen Lage unvereinbar. Die Grundrenten dürfen nur auf normale Zustände berechnet werden. Erforderliche Teuerungszulagen können von der Volkvertretung jeweils bewilligt werden.

Abg. Bruhn (D. B.) befürwortet die Anträge auf Erhöhung der Grundrente und Schwerbeschädigtenzulage, gestaffelt nach der Minderung der Erwerbsfähigkeit, ferner auf Erhöhung der Versorgungsgebühren.

Abg. Andre (Ztr.) wünscht das Gesetz noch weiter ausgedehnt. Die Bescheide an die Beschädigten müssen beschleunigt erfolgen.

Abg. Kaufant (U. S.) begründet Anträge seiner Partei, die eine noch weitergehende Erhöhung der Renten fordern als die Anträge Bruhn.

Abg. Schwarzer (Bay. Vp.) stimmt dem Kommissionsbeschluss zu.

Reichsarbeitsminister Schilde: Die Anträge Bruhn und Kaufant gehen zu weit. Für die Opfer von Fliegerangriffen wird im Reichsamt des Innern eine Vorlage ausgearbeitet. Die noch vorhandenen Lagarettre sollen möglichst schnell abgebaut werden, ohne daß darunter die Weiterbehandlung der Anträge leiden soll.

Unter Ablehnung der erwähnten Anträge und unter Annahme des Antrages Andre (Ztr.), daß das Sterbegeld erhöht werden soll, werden die Gesetze in der Fassung des Ausschusses angenommen, ebenso die Entschließung über die Kriegswidwidnen aus früheren Kriegen.

Die beiden Gesetze werden darauf in dritter Lesung erledigt und einstimmig angenommen.

Morgen 10 Uhr: Reichseinkommensteuergesetz, Zulumtschäden u. a.

Badische Politik.

Das Bauern-Ultimatum an die politischen Parteien.

Zu den diesbezüglichen Darlegungen über diese Angelegenheit im Leitartikel der Montag-Kummer schreibt uns ein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter:

Die unerhörten Forderungen des Badischen Bauernverbandes an die politischen Parteien Badens zwingen zunächst zu der Feststellung, daß der Bauernverband — glücklicherweise! — nicht die gesamten Organisationen der badischen Bauernschaft verkörpert, sonst hätten wir bei den bevorstehenden Reichstagswahlen mit großen politischen Schwierigkeiten zu rechnen. Im Zahl größer und einflussreicher ist der vor 30 Jahren vom Zentrum ins Leben gerufene Bauernorganisation, der Badische Bauernverein, der heute nur 60 000 Mitglieder zählt und an dessen Spitze der badische Staatsrat Weichaupt steht. An Mitgliederzahl geringer ist der landwirtschaftliche Parteien, den die früheren Nationalliberalen politisch protegierten und der in den letzten Jahren in enger Verbindung mit dem badischen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen zu bringen war. Dabei existierte noch die norddeutsche Filiale des Bundes der Landwirte, die im konserativen Jahr-

masse schwamm und zum Zummelbiß der agrarpolitischen Bestrebungen der Leute vom Schläge der Schmidt-Bretten usw. geworden war. Diefem preußischen Gewächs hat sich vor Jahresfrist die Vereinigung mittlerer und kleinerer Landwirte angeschlossen und firmiert nunmehr: Badischer Bauernverband. Er behauptet, 60 000 Mitglieder zu haben; es wird aber von Leuten, die es wissen, erklärt, daß er sich auch mit 30 000 Mitglieder bescheiden würde. Der Unterzeichner des Ultimatums ist der Gutswächler Gehard in Eppingen, ein echter Draufgänger, der schon im vorigen Sommer für die strikte Aufhebung der Zwangswirtschaft bei den Bauernzusammenkünften eingetreten ist.

Daß diese Meiste der badischen Bauernorganisationen das wagt, an die politischen Parteien mit einem Ultimatum von solcher Tragweite — die vom Bad. Bauernverein vorgeschlagenen Kandidaten sind an die 1., 3., 5., 7. usw. Stelle zu setzen und seine Mitglieder haben aus den andern Parteien auszutreten, wenn diese etwa in landwirtschaftlichen Fragen versagen — zeigt, wie diese „Bauern“ sich fühlen und welche Zumutungen sie zu stellen wagen.

An sich sind die Gehard'schen Forderungen natürlich politisches Sprengpulver für die andern Bauernorganisationen und außerdem haben sie — es ist nichts so schlecht, daß es nicht auch etwas Gutes hätte — den Vorteil, den Verbrauchern und Konsumumenten in den Städten auf neue zu zeigen, was ihnen auf dem Gebiete der Ernährung blühen würde, wenn es der Bad. Bauernverband zu einer namhaften Vertretung in dem neu zu wählenden Reichstag brächte. Auf diese Gefahr sinkt wir rechtzeitig aufmerksam gemacht worden. Die ländlichen Wähler der Sozialdemokratie werden es zudem an geeigneter Auffklärung über die Gehard'schen Unberühmlichkeiten nicht fehlen lassen und hoffentlich dem Bad. Bauernverband die Wahlsuppe gründlich verjagen.

Der Vorschlag des Ministeriums des Innern

wurde am Dienstag vom Haushaltsausschuß des Landtags weiterberaten. Abgesehen von den Gegenständen, deren Besprechung vertraulicher Natur war, kam u. a. die Entsendung von Volkswehr nach Jöhlingen wegen zu geringer Ablieferung von Kartoffeln zur Sprache, weil ein Zentrumsabgeordneter eine diesbezügliche Anfrage stellte. Die Sozialdemokratie erklärte hierzu, daß sie die Entsendung von Truppen auf das Land durchaus billige, wenn einzelne Orte unter keinen Umständen ihrer Lieferungspllicht nachkommen. Auch ein demokratischer Redner schloß sich dieser Auffassung an. Beim Kapitel Feuerlöschwesen wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Leute, die jetzt abbrennen, fast vor völliger Verarmung stehen. Sogen. bessere Bürger, die sich dem Beitritt zu den Feuerwehren entziehen, sollte man finanziell belassen. Jetzt gehören in der Gampfsche Arbeiter, Bauern und Handwerker den freiwilligen Feuerwehren an. — Bei dem Titel Landeskommissäre erklärte der Minister des Innern, daß die Aufhebung dieser Institute noch nicht spruchreif sei. Die Frage hänge zusammen mit der Vereinfachung der Staatsverwaltung überhaupt. Vorgesehen ist u. a. auch die Herausgabe eines besonderen Ministerialblattes, in welchem solche Anordnungen des Ministeriums aufgenommen werden sollen, die von einer längeren Gültigkeitsdauer und von Interesse für die Öffentlichkeit sind.

Der Titel Verwaltungsgerichtshof gab Anlaß zu der Mitteilung, daß das Sperergesetz bis jetzt nicht weniger als 220 Prozesse zur Folge gehabt habe. Gleichwohl erlauchten alle Parteien die Notwendigkeit dieses Gesetzes an; die Sozialdemokratie erklärte, daß gerade sie es gemein sei, die vor Jahresfrist auf Fertigstellung des Gesetzes gedrungen hätte. Das Kapitel: Bezirksverwaltung und Polizei brachte eine kurze Aussprache über die Bezirksräte; es wurde durch die Regierung erklärt, daß dieser Verwaltungskörper wesentlich zur politischen Beruhigung des Landes beigetragen habe. Die Sozialdemokratie sprach den Wunsch aus, den Bezirksräten noch etwas wichtigere Beratungsgegenstände, als sie bisher zu erledigen hatten, zuzuwenden. — Bezüglich der neu zu errichtenden Sicheheitspolizei gaben die sozialdem. Vertreter der Hoffnung Ausdruck, daß sie politisch zuverlässig sei und im Kampfe nach rechts nicht verlasse. — Eine andere sozialdemokratische Anregung über die Zusammenfassung der Aufgaben des Staates in hygienischer Beziehung in den Verwaltungsbereich eines Ministeriums wurde auch von den andern Parteien sympathisch aufgenommen. Die Angelegenheit soll bei der Beratung des Budgets des Arbeitsministeriums weiter verfolgt werden. — Bei dem Titel Heilanstalten gab ein Mitglied des Ausschusses zur Verlesung der Heil- und Pflegeanstalten einen längeren Bericht, dabei wurden auch die Verhältnisse in der Heilanstalt Biesloch besprochen. Wir kommen darauf noch zurück.

Der Haushaltsausschuß des badischen Landtags suchte in raschem Tempo die vielfachen Einzelpositionen zu erledigen, die in dem obigen Budget verankert sind. So soll für das Gendarmeriekorps auch die Militärgerichtsbarkeit aufgehoben werden. Ebenso sei den Gendarmen selbstverständlich das Wahlrecht zu belassen. — Der Titel: Landwirtschaft förderte eine Aussprache über die Freigabe des Tobakszulage, wobei wieder auf das Reich abgehoben wurde, daß die Freigabe der Ernte von 1919 nicht zuzufest. Auf die Dauer werde sich beim Tabak die Zwangsbewirtschaftung aber nicht aufrechterhalten lassen. — Die Position: Statistisches Landesamt gab Veranlassung zu der Forderung, daß die Abstammungsziffern von den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung 1919 baldmöglichst erscheinen möchten. Dies wurde seitens des Leiters des Statistischen Landesamts zugesagt; in 14 Tagen soll das Material gemeindeweise der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Längere Ausführungen wurden gemacht über die Holz- und Kohlenpreise bei den Titeln: Landesbrennholzstelle und Landestohlenstelle. Von sozialdem. Seite wurde befohlen, daß die Stadtbeförderung mit Holz und Kohlen besser beliefert werde, während sich ein Demokrat darüber beschwerte, daß in die Städte das gute und in die ländlichen Ortschaften das minderwertige Holz geschickt werde. Er verlangte Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Holzes, wohngegen sich wieder natürlich sehr heftig die Sozialdemokratie wandte, weil die Holzpreise im Kleinverkauf noch weiter steigen würden. An sich blühe ja der Holzverkauf in unerhörter Weise. Minister Memmle bemerkte, daß die Landesbrennholzstelle zu Klagen keine Veranlassung gegeben habe. Die Kohlenpreise würden voraussichtlich nicht fallen, weil wir unsere Kohlen der Entente auch zu diesen Preisen berechnen müßten. Der Kap. R. T. habe in die Kohlenförderung außerordentlich stark eingegriffen. Wahrscheinlich würden die Städte im nächsten Herbst in größerem Maße Holz erhalten müssen. Ein Sozialdemokrat forderte noch die Sozialisierung des Kohlenbergbaues; sie jet schon heute möglich.

Zur Bekämpfung der Tuberkulose sind 25 000 M. vorgesehen; wegen des starken Umschlagens dieser Krankheit sollen aber voraussichtlich 100 000 M. im Nachtragsetat eingelegt werden. — Zur Abhaltung von Freizeikonferenzen sind 10 000 M. gebucht; sie sollen etwa halbjährlich stattfinden. — Die Reichszentrale für Heimatdienst in Heidelberg, die vom Reich finanziert wird, erfährt dabei eine kurze Besprechung. — Nach Genehmigung der sogen. Administrativkredite war die Beratung des Vorschlags des Ministeriums des Innern erledigt.

Eine Anfrage wegen des 1. Mai durch den Minister des Innern dahin beantwortet, daß nach einer landesherrlichen Verordnung vom 11. November 1899 im vorigen Jahre der 1. Mai zum gesetzlichen Ruhetage, wie Ostermontag, Himmelfahrtstag, Neujahr usw. erklärt worden sei. Die Reichstagsbeschlüsse vom 27. April 1920: Ablehnung des Antrages der Sozialdemokraten und Unabhängigen auf gesetzliche Fixierung des 1. Mai zum Feiertag änderten an dem badischen Beschlusse nichts.

Sonntagsverkehr am 1. Mai. Am 1. Mai werden auf den badischen Bahnen die Sonntagszüge verkehren.

Aus der Partei.

An die Genossinnen!

Der Parteivorstand hat beschlossen, daß vom 9. bis einschließlich 16. Mai ein Frauentag stattfinden soll. In diesen Tagen sollen in allen Orten des Deutschen Reiches Versammlungen stattfinden, in denen sozialdemokratische Redner und Rednerinnen zu den Frauen sprechen.

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Müßt die Zeit! Jede Stimme der Sozialdemokratie! Die Frauen müssen in die Sozialdemokratische Partei. Werbt Lehrerinnen für unsere Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“.

Sächsischer Landesparteitag.

Nach einer geschlossenen Sitzung, die sich mit der Neubildung der Regierung beschäftigte, wurde in der Aussprache über die politische Lage fortgefahren. Ministerpräsident Gradnauer führte aus: Zur Demokratisierung der Verwaltung sei es eine Unmöglichkeit, mit einemmal Arbeiter zu Amtshauptleuten zu ernennen. Dazu fehlen alle Voraussetzungen. Man müsse vielmehr die Beamten erziehen zur Erkenntnis der Berechtigung der sozialdemokratischen Forderungen. Die heute vielfach unzufriedenen Arbeiter verkennen die Verhältnisse und haben bei dem Gend, in dem sie leben, vergessen, daß fast der ganze zweite Teil des Erfurter Programms erfüllt ist. Man nimmt j. B. den Achtstundentag als Selbstverständlichkeit hin. Daß wir damit ein großes Ziel verwirklicht haben, kommt den Arbeitern heute kaum noch zum Bewußtsein. Wenn heute die Reaktion nach einer gewissen Gefahr bedeutet, dann liegt das in erster Linie an der Unkenntnis der Arbeiter, wenn ohne Gefahr mit dem Generalstreik und dem kommunistischen Ruf gespielt wird. Es kommt nicht auf radikale Worte an, sondern auf zeitgemäßes Handeln. Eine Diktatur, von welcher Seite sie auch irrtümlich sei, würde unser Land und unsere Partei ins Verderben bringen. Eine rechte Arbeiterregierung, die vielfach gefordert wurde, würde er begrüßen, wenn sie auf der Grundlage der Demokratie erzieht und alle Arbeiter, besonders auch die geistigen, umfaßt würde. Wir müßten an der Realpolitik festhalten und den Grundgedanken der Demokratie und des Sozialismus. Diese Ausführungen wurden mit großem Beifall des größten Teils der Landesversammlung aufgenommen. Nachdem wurde ein in geschlossener Sitzung vereinbarter Antrag angenommen, der sich mit der

Regierungsbildung

beschäftigt und von programmatischer Bedeutung ist. Er lautet: Die Sozialdemokratische Partei bekämpft nach wie vor zu den Grundgedanken der Demokratie, die sich im Erfurter Programm festlegt und in der Tradition der Partei verankert ist. Die unabhängige Sozialdemokratie hat den Eintritt in ein nach diesen Grundgedanken zu bildendes Ministerium abgelehnt. Sie würde nach dem Beschluß ihrer letzten Landesversammlung sich selbst an einer rein sozialistischen Regierung nicht beteiligen. Die unabhängige Sozialdemokratie bringt damit erneut zum Ausdruck, daß sie praktische Arbeit für unser lebendes Volk nicht leisten und keinerlei Verantwortung im Staatsleben tragen will. Die Landeskonferenz der sächsischen Sozialdemokratie beauftragt die Volkstammerfraktion in Gemeinschaft mit den Parteimitgliedern bei der Bildung des Gesamtministeriums Männer zu berufen, die sich verpflichten, die demokratisch-sozialistischen Grundgedanken rückhaltlos zur Durchführung zu bringen. Den aus der Landesregierung ausgeschiedenen Genossen, die sich in schwersten Zeiten unserem Lande zur Verfügung stellten, spricht die Landeskonferenz für die gebrachten Opfer ihren Dank aus.

Dieser Antrag wurde von der Landeskonferenz einstimmig angenommen, alsdann in geschlossener Sitzung mitgeteilt, daß die Landesbestimmungen beschlossen haben, der Sozialdemokratischen Volkstammerfraktion zu empfehlen, als Nachfolger Dr. Gradnauers zum Ministerpräsidenten den früheren Kultusminister Bud vorzuschlagen. Genosse Bud erklärte sich zur Übernahme des Amtes bereit, bemerkte aber, daß er die Politik Gradnauers für richtig halte und nicht gewillt sei, eine Einmischung der Aktionsausschüsse in die behördlichen Befugnisse irgendwie zu gestatten und er auch Bereitstellung staatlicher Mittel für diese Aktionsausschüsse unbedingt ablehnen müsse. Nach dieser Erklärung wurde dem Antrage, den Genossen Bud der Volksversammlung als Ministerpräsidenten zu empfehlen, einstimmig zugestimmt.

Zur Mäifeier. Die beiden Freiheitslieder „Arbeitermarzellied“ und „Sozialistenmarsch“ können von der Druckerei des „Vollstreud“ zum Preise von 15 s das Einzelgenuslar bezogen werden.

E. Späth, 28. April. Mäifeier. Nachmittags 3 Uhr Zusammenkunft im „Grünen Baum“. Gemütliches Beisammensein bei Konzert und darauffolgendem Tanz. Sämtliche Mitglieder und Anhänger unserer Sache sind zu der Feier eingeladen.

H. Dieboldsheim-Graben-Rußheim. Die Parteivereine der genannten Orte begeben ihre Mäifeier auch in diesem Jahre gemeinsam in Dieboldsheim. Die Genossen von Rußheim wollen um 2 Uhr, die von Graben um 4 1/2 Uhr in Dieboldsheim eintreffen, wobei sie von hiesigen Genossen am Ortseingang abgeholt werden. Hierauf findet die Festrede statt im „Döhlen“ statt, in der Gen. Rieker die Festrede halten wird. Auch der Gesangverein „Vorwärts“ Dieboldsheim hat seine Mitwirkung zugesagt. Die Genossen der weiteren angrenzenden Orte sind ebenfalls herzlich eingeladen.

Aus dem Lande.

Mannheim, 27. April. Bei der gestern abend wegen Schleichhandels mit Gold und Platin erfolgten Verhaftung des Goldarbeiters Nikolaus Günther feuerte dessen Ehefrau zwei Revolvergeschosse auf den Kriminalschußmann Andreas Kraft und verletzte den Beamten am Kopf und am rechten Unterschenkel. In der Fädelerei von Müller an der Schwelingerstraße erplünderte ein Dieb ein Schloß, wodurch ein Schaden von 5000 M entstand. Schwäbisch. 27. April. Eine Salbarjanischmuggelgesellschaft, hiesiger Einwohner, wurde festgenommen. Mühlheim, 28. April. Der stellv. Geschäftsführer beim Fiefioen Kommunalverband, Buchhalter Schönauer, wurde

wegen Unterschlagungen in Höhe von 40 000 M verhaftet. Ein Teil der unterschlagenen Summe ist gebekt. Waldshut, 24. April. Am der Wohnungsnot zu steuern, hat der Gemeinderat eine Million Mark zur Verfügung gestellt. Der Bauverein übernimmt mit einem Privatarchitekten die Arbeiten.

Wasserstand des Rheines.

Schäferinsel 168, gef. 8; Reih 272, gef. 11; Magau 448; Mannheim 858, gef. 14 Zentimeter.

Reichstagswahl

bedeutet entschlossene Abrechnung mit der Reaktion, Sicherung der Volksherrschaft. — Der Kampf geht diesmal gegen Monarchie — für Republik, gegen Reaktion und Diktatur, für demokratische Volksherrschaft, gegen Kapitalismus — für Sozialismus!

Nur die Wahl von Sozialdemokraten sichert eine konsequente sozialistische Politik. Der Wahlkampf erfordert aber diesmal größere Geldmittel als je. Wer die Sozialdemokratische Partei in ihrem Kampf für eine entschieden demokratische und sozialistische Politik im neuen Reichstag unterstützen will, der sende nach feinem Können

Freiwillige Beiträge für den Wahlfond.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 28. April.

Auf zur Mäifeier!

Der Ortsausschuß Karlsruhe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Gewerkschaftskartell) und des Ortskartells der freien Angestelltenverbände, denen von den Arbeiterorganisationen, der Sozialdemokratischen Partei usw. die Veranstaltung der Mäifeier übertragen wurde, haben das Programm zur gemeinsamen Feier aufgestellt. Nach demselben zu urteilen, verpricht die Feier eine überaus würdige Form anzunehmen.

Am Samstag vormittag 10 Uhr ist im Stadtpark bei billigem Eintrittspreis eine große Festveranstaltung vorgesehen, bei welcher neben einer Mäifestrede ein großes Doppelkonzert stattfindet. Die Arbeitergewerkschaften werden dabei mit Einzelchören zur Verschönerung der Morgenveranstaltung beitragen.

Abends 7 Uhr findet in beiden Sälen der städt. Festhalle eine große Festfeier statt. Es wirken mit Hl. Stoja Millinkovic (Opernängerin), Frau Margarete Big, sowie Herr Felix Baumbach vom bad. Landestheater. Letztere beiden geschätzten Kräfte bringen Gedichte eines Karlsruher Arbeiterdichters und bekannten Gewerkschaftsführers zum Vortrag, der zum erstenmal unter dem Bandennamen Biola Proben seiner dialektischen Kunst der Öffentlichkeit übergibt. Die Festrede hat Stadtrat Gen. Dr. Diez übernehmen. Den gesanglichen Teil bestreiten der Arbeiter-Frauenchor und die Arbeiter-Gesangvereine. Außerdem wirken, wie immer bei Arbeiterfestlichkeiten, die Freie Turner-Gesellschaft und der Arbeiter-Radfahrerverein „Solidarität“ mit.

Arbeiter, Angestellte, Klassengenossen! Der 1. Mai ist euer Tag, der Feiertag des arbeitenden Volkes, den die badische Regierung als gesetzlichen Feiertag erklärt hat. Und nun, ihr Proletariermassen, findet euch vollzählig zu obigen Veranstaltungen ein. Denkt daran, es handelt sich um einen Tag der Arbeit, an dem es gilt, gemeinsam für die gleichen Ziele, für die heiligsten Güter der schaffenden Nation zu demonstrieren!

Auf zur Mäifeier!

Eine wichtige Frauerversammlung

der Frauensektion des Sozialdemokratischen Vereins findet heute abend 7 1/2 Uhr im „Auerhahn“ statt mit Vortrag von

Frau G. Köhler-Klein, W. S. A.

Genossinnen, erscheint alle! Parteigenossen! Macht eure Frauen auf diese wichtige Versammlung aufmerksam!

Die Schicksalsfrage der abendländischen Kultur

Positiver oder negativer Sozialismus?

Einen überaus zahlreichen Besuch hatte obiges Thema zu der eustrigen Parteiversammlung „angelockt. Der Saal 3 der Brunerei Sayremp war überfüllt, er konnte die Besucher kaum fassen.

Nachdem der Vorsitzende Gen. Schwerdt zum zahlreichen Besuch der Mäifeier aufgefordert hatte, erzielte er dem Genossen Redakteur Harpuder aus Mannheim das Wort zu seinem Vortrag über „Die Schicksalsfrage der abendländischen Kultur. Positiver oder negativer Sozialismus?“ In 1 1/2 stündigen von hohem geistigen Inhalt durchdrängten Ausführungen gab der Redner ein Bild der verschiedenen Entwicklungsstadien der abendländischen Kultur, um die Zusammenhänge der einzelnen Epochen bis zur heutigen Zeit zu veranschaulichen. Nach einleitenden Worten von der Abfassung der gegnerischen Weltanschauung durch die heiligen Schriften (kopernikanischen) führte der Redner im Sinne nach aus:

Das Alltagsleben läßt in uns immer wieder einen Weltbühnen auf unsere abendländische Kultur aufkommen, wodurch wir die ägyptische, japanische, ja sogar die ägyptische Kultur als nicht so wichtig ansehen. Es gilt auf dem Gebiete des Kulturbühnen umzulernen, denn die abendländische Kultur ist nur eine bestimmte historische Kategorie jenes allgemeinen Kulturbegriffs. Wenn wir keine Kata morgana nachjagen wollen, so ist notwendig, die Kulturstufen und die Schicksale der abendländischen Kultur zu veranschaulichen, insbesondere gilt dies für uns Sozialisten. Die Entwicklungstendenzen der Arbeit der abendländischen Kultur zeigen 8 Stadien, denn: sie gingen von der Sklaverei über die Hörigkeit bis zur modernen Lohnarbeit der Gegenwart.

Wohin nun weiter? Auch heute steht die abendländische Kultur wieder vor einer Schicksalsfrage. Die Antwort lautet: Weiter zu dem demokratischen Sozialismus! Auch dieser Weg kann nur von Etappe zu Etappe beschritten werden,

durch ein organisches Hinüberwachen vom Kapitalismus in den Sozialismus. Diese Entwicklung ist in der Wissenschaft von Karl Marx begründet und scheint Deutschland infolge seiner Niederlage durch den Krieg den Weg zum Sozialismus aufzuzeigen. Und so scheint die Entwicklung auch der deutschen Sozialdemokratie das Schicksal in die Hand gelegt zu haben, nämlich die Geburtsstunde des Sozialismus in Deutschland zu sein. Damit wird Deutschland das Land des Frühsozialismus werden. Hieraus ergibt sich aber auch für die deutsche Sozialdemokratie eine Fülle von praktisch-positiven Konsequenzen, die von den weniger historisch-ökonomisch Geschulten schlecht begriffen werden. Aus dem Paradies des Schwärmens muß unsere Partei im Schweiße des Angesichts den Sozialismus bauen, damit spätere Generationen die Früchte genießen können. Die Zeit des Regierens und Kritizierens ist für die deutsche Sozialdemokratie vorbei. Wenn man etwas praktisch verwirklichen will, so geht dies nicht nur mit dem Willen allein, sondern er muß gepaart werden mit der Erkenntnis des Notwendigen und Möglichen, worauf wir unser Augenmerk zu richten haben. Das bedeutet praktisch-positiv Arbeit, die vollkommene Grundhaftigkeit und Klarheit über das Ziel und die Methoden zur Voraussetzung hat. Die Verwirklichung eines Zieles kann nur durch ein Kompromiß zwischen dem absterbenden Alten und dem werdenden Neuen geschehen, in unserem Falle ein Kompromiß zwischen dem absterbenden Kapitalismus und dem werdenden Sozialismus, das heißt den Kapitalismus mit sozialistischen Ideen zu durchdrängen, bis er so verdrängt ist, daß nichts mehr von ihm übrig bleibt. Dieses Kompromiß darf aber nicht unter Ziel, das ein viel reineres ist, sein, sondern nur eine Etappe zum Ziel. Nur so wird im Laufe der Entwicklung der vollkommene Sozialismus entstehen.

Unsere Aufgabe und unser Zwang besteht darin, daß wir praktisch und positiv am Aufbau des Sozialismus arbeiten müssen. Es ist dies eine Mission, von der wir uns nicht entbinden können. Sie wird um so leichter sein, wenn wir uns über diese geschichtliche Mission klar sind. Wir sind der positiv aufbauende Teil der Sozialisten, während der linke Flügel die Unabhängigen, der negative, kritizierende, ja sogar hegende Teil darstellt, der als positive Etappe am Aufbau des Sozialismus nicht in Betracht kommt. Am unsere Aufgabe zu erfüllen, brauchen wir eine gewerkschaftlich und politisch gut geschulte Anhängerschaft, die nicht von Stimmungen beirrt wird, sondern die klar ihr Ziel sieht und diesem unbedeutend zukünftig. Wir müssen mit Aufbruch sagen: Hier sehe ich, ich kann nicht anders! Nur dann werden wir uns der Aufgaben würdig zeigen, die die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zugewiesen hat und so wird die jetzige Generation schon ein großes Stück Sozialismus schaffen.

Wichtig ist in alle Anbacht verbleibt, verfolge die Veranstaltung die äußerst interessanten Ausführungen des Gen. Harpuder und durch allgemeinen Diskussion, die sich ebenfalls auf erhellend geistiger Höhe bewegte, wurde reger Gebrauch gemacht. In seinem Schlußwort gab der Referent auf verschiedene Einwendungen ein, die er treffend widerlegte. Die Versammlung, die ungewöhnlich einen großen geistigen Gewinn für jeden Teilnehmer brachte und recht gut verlief, konnte gegen 11 1/2 Uhr geschlossen werden.

Sozialdem. Verein. Freitag, 30. ds. Mts., abends 7 Uhr, Sitzung des Vorstandes mit der Bezirkskommission im Fraktionszimmer der sozialdem. Landtagsfraktion.

Verein Arbeiter-Jugend. Heute abend 8 Uhr pünktlich findet die alljährliche Hauptversammlung statt, in der der Geschäfts- und Kasienbericht vom verflossenen Geschäftsjahre gegeben und die Neuwahl des Gesamtvorstandes vorgenommen werden wird. Die Jugendgenossinnen und Jugendgenossen werden erbetet, sich vollzählig zu diesem wichtigen Abend einzufinden.

Sozialdem. Partei — Bezirk Ruppurr. Die Ruppurrer Arbeitersektion, Angestellte und Beamten fordern wir auf, am Samstag abend unsere Mäifeier zu besuchen. Diefelbe findet im Waldhofstadel statt und beginnt um 7 Uhr. Das Programm ist vielsprechend. Die Festrede hält Gen. Dr. Kullmann aus Karlsruhe. Man wird aus tun, sich Programme im Vorverkauf zu nehmen, sie kosten 50 s und sind bei Gen. Bär, Aherweg 21, zu haben. In der Abendkasse kosten die Programme 75 s. — Parteigenossen sorgt für starken Besuch unserer Mäifeier!

Anfall mit Todesfolge. Der Streckenarbeiter August Grefzmann aus Späth wurde am Dienstag vormittag auf dem Rangierbahnhof hier beim Rangieren überfahren und sofort getötet.

Zagung der badischen Finanzbeamten. Der Verein badischer Finanzbeamten hält am 8. und 9. Mai hier seine Hauptversammlung ab. Am 8. Mai tagen im „Goldenen Adler“, im „Pringen Kaff“ und im „Friedrichshof“ die Abteilungen des Vereins, am 9. Mai findet im Festsaal des „Friedrichshofes“ die gemeinsame Hauptversammlung statt.

Na. Die Städt. Sparkasse beabsichtigt in nächster Zeit eine Zweigstelle in dem Haus Durlacherallee Nr. 28 zu eröffnen. Die neue Zweigstelle soll die Bezeichnung Zweigstelle Ost erhalten. In gleicher Weise wie bei der Zweigstelle West können Einlagen sowohl auf Sparbuch wie auf Giro- und Scheckkonto in jeder Höhe geleistet werden. Rückzahlungen auf Sparbuch wie auf Giro- und Scheckkonto werden bis zum Betrag von 1000 M geleistet; bei Giro- und Scheckkonten ist nur erforderlich, daß der Girofunde keine Interzesse bei der Zweigstelle niederlegt. Es wäre ermunft, daß das Publikum die zu seiner Bequemlichkeit geschaffene Einrichtung fleißig benützt, um die zeitweise überflüssigen Scheck der Sparkasse zu entlasten. Die Abfertigung kann bei den Zweigstellen mit ihrer geringeren Kundenzahl durchweg rasch erfolgen.

Besserung. Wie der Staatsanzeiger meldet, wurde Oberbetriebsinspektor Ludwig Schull hier mit der Antisiegelung Regierungsrat zum Vertreter der Generaldirektion der Staatsbahnen bei der Generalbetriebsleitung Sied in Würzburg bestimmt.

Der Betrieb des Schloss-Hotels hier geht mit dem 1. Mai auf Herrn C. Wäde den bisherigen Besitzer des Schloss-Hotels im Schwarzwald über.

Eine Mondfinsternis kann in der Nacht vom 3. Mai von 1 Uhr 01 bis 4 Uhr 11 beobachtet werden. Es handelt sich dabei um eine sogenannte „totale“ Verfinsternung.

Konzert der Sängervereinigung jugendlich der Ferienkolonien. Wir machen nochmals auf das am Donnerstag, abends 8 Uhr im großen Festsaal stattfindende Konzert der Sängervereinigung hin. Der Eintrakt kommt den Ferienkolonien zugute.

Selbstmord. Im Walde bei Ruppurr hat sich am Dienstag ein Beamter von hier in einem Anfall von Schwermut begiit. Diebstahl. Aus einem Geschäftszimmer in einer Kaserne der Feststadt wurden in der Zeit vom 24. bis 26. ds. Mts. die Schreibmaschinen Marke „Urania“ Nr. 2825 Marke „Adler“ Nr. 181881 und Marke „Continental“ Nr. 104405 im Werte von 6000 Mark von bis jetzt unbekanntem Täter entwendet.

Valuta-Bericht vom 28. April.

Vorübergehend erfuhr der Markkurs in der Schweiz eine kleine Abwärtung, erholte sich aber dann auf etwa 9.70 Gld. Auszahlung Holland notierte etwa 221,20 M per holl. Guld.; Schweiz etwa 10,45 M per schw. Fr.; England etwa 223,5 M per Pfd. Sterling; Frankreich etwa 3,45 M per frz. Fr.; Rußland etwa 98,75 M per Dollar.

Gewerkschaftskartell Durlach Arbeiter-Sportkartell

Maifeier 1920

Die organisierten Arbeiter und Angestellten begehen die Feiern des Maifeiertages in folgender Weise: Samstag, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr

Große Volks-Versammlung

auf dem Kasernenplatz. Referent: Kollege G. Schulenburg, Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Nachmittags 1 Uhr Demonstration-Zug

Auffstellung an der Weingarter-Strasse. Abends 7/8 Uhr

Seit-Feier

in der Festhalle unter Mitwirkung der Turngemeinde, der Arbeitergesangsvereine, der Naturfreunde und des Arb.-Radfahrer-Vereins „Solidarität“.

Programme à 2 Mk. sind bei den Vertrauensleuten in den Betrieben erhältlich. Nichtmitwirkende Kinder unter 14 Jahren haben bei der Abendfeier keinen Zutritt.

Wir erwarten von allen organisierten Kollegen eine zahlreiche Beteiligung der Veranstaltungen. 3255 Die Kommission.

Gewerkschafts-Kartell der freien Gewerkschaften Ettlingen.

Maifeier 1920.

Samstag den 1. Mai, morgens 7 Uhr: Reveille.

Nachmittags von 1/2 2 bis 1/2 3 Uhr: Konzert auf dem Marktplatz

nebst Ansprache des Gen. Eisenbahnschreibers Beech. Anschließend Festzug

mit Leopold, Friedrich, Forchheimer u. Durlacher-Strasse nach dem Kasarethof

Sportsfest der freien Turner und Radfahrer.

Abends Festkonzert mit Ball

in der Festhalle unter Mitwirkung des freien Sportskartells.

Beginn 1/2 6 Uhr. Kasseneröffnung 5 Uhr. Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.

— Eintritt 1 Mk. —

In die freigesamte Einwohnerschaft von Ettlingen abteilend wird, sich an der Maifeier zahlreich zu beteiligen. Belegt, daß ihr gewollt seid einzutreten für unsere junge Republik, für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. 3238 Die Kartellkommission.

Ortskartell Forchheim. Mai-Feier

Samstag, 1. Mai, im „Gasthaus zum Bahnhof“. Sammlung der Vereine mittags 1 Uhr daselbst zum Demonstrationzug; anschließend allgemeine Feier, unter Mitwirkung der Arbeiterjugend und Turner. Abends im „Bahnhof“ und „Linde“ Tanz. Die gesamte Arbeiterschaft ist eingeladen. 3255

Achtung! Arbeiterschaft Mörsch. Maifeier

Samstag, den 1. Mai, findet große Maifeier mit folgendem Programm statt: Morgens 6 Uhr: Tagesbeville (durch die Musikabteilung Mörsch). — 9 Uhr Massenversammlung vor dem Rathaus. — 2 Uhr nachmittags Demonstration (Ausschlagplatz „Linden“), nachher Unterhaltung in den Lokalen „Döfen“ und „Löwen“. An die Arbeiterschaft Mörsch richten wir die ringende Bitte, rüht zur Maifeier, sorgt für Massenbezug, damit in Mörsch der Arbeiterfeiertag würdig zum Ausdruck kommt. Das Komitee.

Gewerkschaftskartell Kastell. Einladung zur Feier des 1. Mai.

Mittags 2 Uhr Demonstrationzug

Abmarsch vom Lokal zum „Anker“, Abends 6 Uhr im „Lindensaal“

Maifeier

unter gütiger Mitwirkung von Herrn Konzertführer Carl Henjans-Karlsruhe.

Festredner: Gewerkschaftssekretär Brühmann-Mannheim. Programme à 2 Mk. (auschl. Steuer) berechneten zum Eintritt. 3240 Die Festkommission.

Ortskrankentassen Karlsruhe.

In Vollzug der Verordnung der Reichsregierung über Heraushebung des Grundlohnes und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung vom 1. April ds. J., treten durch die Beschlüsse der Ältestenräte der Ortskrankentasse, Ortskrankentasse der Dienstboten, Ortskrankentasse für Handelsbetriebe, Ortskrankentasse der Bäcker und Ortskrankentasse der Metzger und Metzgerinnen mit Wirkung vom 1. Mai ds. J. an Stelle der bisherigen Ortskrankentassen, Grundlohn- und Beiträge:

Table with columns for Ortskrankentasse, Grundlohn, and Beiträge. It lists various categories like 'Allg. Ortskrankentasse für Handelsbetriebe' and 'Ortskrankentasse der Dienstboten' with their respective rates.

Table with columns for Krankengeld, Danngeld, Hochengeld, and Sterbegeld. It details the financial support provided by the insurance funds for members and their families.

Indem wir dies zur Kenntnis der beteiligten Kreise bringen, weisen wir ausdrücklich darauf hin, daß als Unterlage für die obige Festsetzung der Lohnlisten genaue Angaben über die derzeitigen Lohn- bzw. Gehaltsbezüge bei sämtlichen Vertriebsstellen notwendig sind. Die den Herren Arbeitgebern bereits zugegangenen Lohnrechnungen sind daher umgehend anzugeben an uns zurückzugeben, wenn nicht umgehende Nachhilfe für Arbeitgeber und Beschäftigte zu vermeiden ist. Die nicht rechtzeitige und unrichtige Erhaltung der Lohnlisten hat auf demselben Grundsatze zu beruhen, daß gemäß § 5 der eingangs erwähnten Verordnung die Versicherungsgrenze für die in § 185 Abs. 1, Sif. 2-6 und 7 der Reichsversicherungsordnung genannten Personen (Gewerkschaftsmitglieder, Werkmänner und andere Angehörige in ähnlich geordneter Stellung, Handlungsgehilfen und Weichen in Werken, Büchsen- und Erbsenmittelglieder, Vertreter und Erbsen, sowie Schlichter auf den Eisenbahnen) von 5000 Mk. auf 20000 Mk. erhöht wurde. Die hierzu von den Arbeitgebern zu leistende Beiträge sind demnach zu erhöhen und mit Wirkung vom 29. April ds. J. ab sofort zur Arbeitsleistung mit Wirkung vom 1. Mai ds. J. ab sofort zur Arbeitsleistung zu bringen. Tabelleartige Unterlagen über die neue Lohnaufstellungen, über Grundlohn- und Beiträge, sowie über die Leistungen können nach deren Fertigstellung bei unserer Kasseneröffnung — Wartenstraße 14/15 — unentgeltlich in Empfang genommen werden. Karlsruhe, den 28. April 1920.

Die Kassenvorstandenden: Allg. Ortskrankentasse: Dr. Sol. Ortskrankentasse der Dienstboten: D. Deuschlemer. für Handelsbetriebe: W. Hoyermeier. der Bäcker: Th. Gartner. der Metzger: D. Weiss. Die Verwaltungsdirektion: Gammund.

Zeitungs-Trägerinnen

Freitag, den 30. April 1920, findet abends halb 8 Uhr in der Kronenhalle, Kronenstr. 3, eine wichtige Versammlung

Versammlung

statt. Vollständiges und pünktliches Erscheinen nötig. Die Sektionsleitung: J. M. F. 15/16.

BRUCHSAL MAI-FEIER

Das Gewerkschaftskartell u. die beiden sozialistischen Parteien fordern das gesamte Proletariat Bruchsals und Umgebung auf, zu der am Samstag, den 1. Mai, im „Bürgerhof“ früh halb 10 Uhr stattfindenden öffentlichen Versammlung

Versammlung

vollständig zu erscheinen. Die Festrede wird Herr Landtagsabg. Heinrich Kurz-Grötzingen halten. Das Gebot der Stunde erfordert es, daß das Proletariat dem Rufe Folge leistet.

Promenade-Konzert

ausgeführt von der gesamten Stadtkapelle unter Leitung des Obermusikmeisters Zimmermann. Gesang-Einlagen vom Gesangsverein „Harmonie“.

Abend-Unterhaltung

mit Gesang und Turn. Aufführungen, humoristischen Vorträgen u. anschl. Tanz statt. Programme à 2 Mk. berechneten zum Eintritt und sind an der Kasse, sowie bei den bekannten Kollegen erhältlich.

Der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Eintrachtsaal. Morgen, Freitag, 30. April, 8 Uhr Zweiter Klavier-Abend

Max Pauer

Bach, Haydn, Schumann, Liszt. Karten zu Mk. 8,-, 6,- und 4,- bei Kurt Neufeldt, Waldstrasse 89. 9-1 und 3-6 Uhr.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Karlsruhe Büro: Wilhelmstr. 47 III Telefon 3109. Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß in Rücksicht darauf, daß der Gewerkschaftsbund (Gewerkschaftskartell) am Samstag, den 1. Mai, morgens 1/2 10 Uhr, ein

Massen-Meeting

im Stadtpark veranstaltet, unsere auf die gleiche Zeit geplante Versammlung im Kolosseum ausfällt. Da auch unsere Organisation dem Gewerkschaftsbund angeschlossen ist, haben wir die moralische Verpflichtung, uns an der Veranstaltung zu beteiligen. Auch machen wir auf die Abendfeier in der Festhalle aufmerksam. Alles Nähere ist durch die Sektionsleitungen und Vertrauensleute zu erfahren. Wir rufen alle Mitglieder auf, den 1. Mai würdig und durch Festbezug zu begehen, indem sie sich vollständig an den obengenannten Veranstaltungen beteiligen. Die Ortsverwaltung. 3259 J. M. Brendle.

Verband der Fabrikarbeiter

Zahlstelle Karlsruhe. Am Sonntag, den 2. Mai, morgens 10 Uhr, im Saal zum Auerhahn (Schützenstr.) vierteljährliche

Delegierten-Konferenz

Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Stellungnahme zum Verbandstag. 3. Vorträge. 4. Wahl der Kartelldelegierten und Berichtsberechtigten. Das Erscheinen sämtlicher Betriebs- und Ortsvertrauensleute ist erforderlich. Die Ortsverwaltung. 3259

Billard S. Guggenheim

An- u. Verkaufsgeschäft mit Zubehör verkauft 25 Markgrafenstr. 25 billigt Telefon 4971.

Geschäftsruhe am 1. Mai 1920.

Am Samstag, den 1. Mai, sind des Feiertags wegen die Lebensmittelgeschäfte, Bäckereien und Metzgereien geschlossen. Die Fleischverteilung findet am Freitag (statt der Wochenmarkt) am Samstag statt. Karlsruhe, 28. April 1920. 1087 Nahrungsmittellager der Stadt Karlsruhe.

Fleisch-Verteilung.

In der laufenden Woche werden betrieft: 125 kg Fleisch gegen 10 Fleischmarken. Auch kann in dieser Woche nicht verteilt werden. Die Fleischausgabe findet am Freitag, den 30. April statt. Karlsruhe, den 28. April 1920. 1086 Nahrungsmittellager der Stadt Karlsruhe.

Kurz- und Maschinenschreiberinnen

mehrere, gut empfohlene, gesucht. Bewerbungen mit Lebenslauf schriftlich an die Direktion der Badischen Feuer-Versicherungs-Bank, Karlsruhe, Karlsruh.

Lebensmittel

Marmeladen.

Dreifacht, Pfd. 4.80, Heide-beer, Pfd. 6.- Apfelsauce, 1/2 Kilo 5.95, 1/2 Kilo 3.15 Birnen, 1/2 Kilo-Dose 6.75 alles Zucker gestülst 8254

Salzheringe und grosse Fetheringe

Lachs-heringe und Bücklinge Milchsuppe — Schokoladentunke Salzgurken — Essiggurken — Cornichons Romtops — Bismarckheringe Ochsenmaulsalat — Corned Beef Sardellenleberwurst („Kanin“) Getrüffel-Gänseleberwurst Gebrannter Kaffee — Kakao, garant. reit Echter Schwarzer Tee — Feigenkaffee Haferfloeken — Haferkakao Hölsefrüchte — Erbsen- und Reismehl Backpulver, Vanillezucker, Puddingpulver Schokolade — Biskuits — Pralinen Südweine — Liköre — Spirituosen.

Her-Tietz